

# PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

SITZUNGSPERIODE 2006-2007

Nr.10

## Ausführlicher Bericht

26. Februar 2007

## **BERICHT ZUR AUSSPRACHE ÜBER DIE AUSSENBEZIEHUNGEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT – DOKUMENT 85 (2006-2007) NR. 1**

DER PRÄSIDENT.- Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister.- Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte aus Sicht des Unterrichtswesens kurz darlegen, warum wir auch in der Bildungspolitik Außenbeziehungen benötigen. Die deutsche Bildungsministerin und aktuelle Vorsitzende des Bildungsministerrates der Europäischen Union hat vor zwei Wochen in Brüssel gesagt, dass, wenn wir unsere Bildungssysteme in Europa verbessern wollen, wir bereit sein müssen, in der Europäischen Union voneinander zu lernen. Unser Nachbarland, die Bundesrepublik Deutschland glaubt also, dass sie den europäischen Austausch braucht, um die Bildungsqualität in ihrem Land zu steigern. Dieser

Ausführlicher Bericht – Plenarsitzung vom 26. Februar 2007 - 401 -

Meinung haben sich alle Staaten in der Europäischen Union angeschlossen. Alle sind der Meinung, dass sie Außenbeziehungen brauchen, dass sie Außenbeziehungen nutzen müssen, wenn sie ihre Bildungsqualität steigern wollen.

Da dürfen wir uns natürlich in der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Fragen stellen: Können wir hier vor Ort auf all das verzichten, was andere brauchen, um Bildungspolitik zu gestalten? Brauchen wir diesen weit reichenden europäischen Austausch nicht? Sind gerade wir groß genug, um alles alleine zu machen? Haben wir dafür die notwendigen Ressourcen und Kontakte? Ich denke, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft genauso wenig wie die Europäische Union insgesamt in der Lage ist, auf alle bildungspolitischen Fragen eine eigenständige Antwort zu finden.

So ehrlich und so offen sollte man hier sein. Wir verfügen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht über das notwendige Know-how und auch nicht über die ausreichenden Ressourcen, um das Rad der Bildung selbst immer wieder neu zu erfinden. Das müssen wir auch nicht. Aber wenn wir unserer Bevölkerung ein komplettes, ein anspruchsvolles Bildungsangebot unterbreiten wollen, dann brauchen wir die Zusammenarbeit mit vielen und nicht nur einigen anderen Regionen in Belgien und der Europäischen Union. Warum das so ist, möchte ich ganz kurz an einigen wenigen Beispielen erläutern.

Bekanntlich sind folgende Fragen der Ausgangspunkt für jede bildungspolitische Entscheidung, für jede bildungspolitische Reform: Was machen wir richtig? Was machen wir falsch? Was müssen wir erhalten? Was müssen wir verbessern? Ohne Außenbeziehungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre es nicht möglich, selbst auf diese simplen Fragen eine wissenschaftliche Antwort zu finden. Um diese Fragen zu beantworten, bedarf es nicht nur – aber natürlich auch – des Dialogs mit unseren Schulgemeinschaften; man braucht auch seriöse wissenschaftliche Untersuchungen wie die IGLU-Studie oder die PISA-Studie. Die Deutschsprachige Gemeinschaft wäre niemals eigenständig in der Lage, solche Untersuchungen durchzuführen. Sie ist in diesen Fragen auf die Zusammenarbeit mit der Universität Lüttich, der Universität Salzburg, der Universität Berlin und auch der Universität Dortmund angewiesen. Diese Untersuchungen haben uns sehr dabei geholfen, die Probleme in unserem Bildungswesen ausfindig zu machen, wie das Problem der sozialen Chancengerechtigkeit oder auch das Problem der mangelnden Grundfertigkeiten.

Diese Probleme nur zu erkennen, genügt natürlich nicht. Wir müssen sie auch lösen. Aber sie lösen geht erst recht nicht ohne Außenbeziehungen. Unser Gesamtkonzept zur Steigerung der Unterrichtsqualität und für mehr soziale Chancengerechtigkeit im Unterrichtswesen kann nur in Partnerschaft mit anderen verwirklicht werden. Unsere 33 Maßnahmen müssen wir mit Experten aus dem In- und Ausland umsetzen. Das können wir nicht alleine, und das sollten wir auch nicht alleine versuchen. Es wäre gefährlich, auf die Erfahrung von anderen in Europa zu verzichten.

Ein zweites Beispiel: Die Wissenschaft empfiehlt uns, die Eigenverantwortlichkeit von Schulen über eine Dienstrechtsreform zu stärken. Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie macht man eine Dienstrechtsreform? Nach welchem Vorbild? Daher sind wir sehr froh darüber gewesen, dass die Wissenschaft uns empfohlen hat, das Vorbild Flanderns, das Vorbild des PISA-Weltmeisters zu übernehmen. Und da sind wir für das Zusammenarbeitsabkommen mit der Flämischen Gemeinschaft, die uns dabei geholfen hat, das Dienstrecht Flanderns maßgeschneidert auf die Deutschsprachige Gemeinschaft zu übertragen, sehr dankbar gewesen. Wir sind auch sehr stolz darauf, dass unser Nachbar, das Bundesland Nordrhein-Westfalen, das zur Kenntnis genommen und darum gebeten hat, die Kontakte zur Flämischen Gemeinschaft vermittelt zu bekommen. Wir sind stolz darauf, dass wir in diesem Zusammenhang unsere Brückenfunktion wahrnehmen durften und einen Mehrwert leisten konnten.

Ausführlicher Bericht – Plenarsitzung vom 26. Februar 2007 - 402 -

Ein drittes Beispiel: Die Wissenschaftler fordern von der Deutschsprachigen Gemeinschaft präzise, verbindliche Zielvorgaben, so genannte Kernkompetenzen. Auch diese Forderung ist schön und gut. Das Problem ist aber, dass wir in der Deutschsprachigen Gemeinschaft über keine Experten, über keine Wissenschaftler verfügen, die so etwas schon einmal gemacht haben. Deshalb haben wir nachgefragt: Wer kann das? Wer hat das schon mal gemacht? Wir haben sogar gefragt: Wer ist der Beste in Europa, um Kernkompetenzen für unsere Schulen zu definieren? Man hat uns das Bundesland Brandenburg empfohlen, und nur dank der sehr guten und engen Beziehungen zwischen den Ministerpräsidenten der Deutschsprachigen Gemeinschaft und des Bundeslandes Brandenburg war das Land Brandenburg bereit, uns sein Know-how, sein Material, seine Experten zur Verfügung zu stellen, um endlich einmal präzise und verbindliche Zielvorgaben für die Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu definieren.

Seit einigen Monaten geschieht das auch in enger Zusammenarbeit mit den Schulverantwortlichen unserer Gemeinschaft, und noch in diesem Schuljahr werden diese Kernkompetenzen vorgestellt werden können. Wären wir der Devise der CSP gefolgt, hätten wir uns auf Kontakte zu Nordrhein-Westfalen, zu Rheinland-Pfalz, zu Niederösterreich, Tirol oder Südtirol begrenzt, dann wäre es niemals möglich gewesen, mit dem Land Brandenburg zusammenzuarbeiten.

Ein viertes Beispiel: Die Wissenschaft verlangt von uns, dass wir die Ergebnisse unserer Schulen über ein so genanntes internes und externes Evaluationsverfahren permanent überprüfen. Aber auch hier stellt sich die Frage: Wie soll die Deutschsprachige Gemeinschaft das denn machen? Das hat bei uns noch nie jemand gemacht, und deswegen haben wir dem Leiter der OECD-PISA-Studie, Herrn Schleicher, die Frage gestellt: Wer kann das? Dabei hat er uns an unsere Partner Südtirol, Schleswig-Holstein und natürlich auch an die Flämische Gemeinschaft Belgiens verwiesen. Im Rahmen des SYNEVA-Interreg-Projektes haben wir dann geprüft, welches Modell am besten auf uns passt.

Wir haben uns für das Modell der Flämischen Gemeinschaft entschieden, die von sich selbst sagt, dass gerade dieses System ein Schlüssel für den Erfolg bei PISA war. Wir haben im Rahmen unseres Abkommens mit Flandern nicht nur das Personal der Flämischen Gemeinschaft zur Verfügung gestellt bekommen, sondern auch die Computerprogramme und alle Materialien, die hierfür notwendig sind.

Das sind viele Dokumente, Handbücher und Vergleichbares. Die Frage war nur: Wer übersetzt uns das? Alle Dokumente, das Computerprogramm, das Handbuch, unzählige Seiten in flämischer Sprache zu übersetzen, hätte wahnwitzige Kosten produziert. Dank unserer guten Einbindung in europäische Netzwerke haben wir dann festgestellt, dass es bereits in Deutschland ein Bundesland gibt – das Bundesland Hessen -, das dieses System auch einführen will und alle diese Dokumente bereits in die deutsche Sprache übersetzt hat. Dank dieser guten Beziehungen zum Bundesland Hessen haben wir die flämischen Dokumente in deutscher Sprache gratis zur Verfügung gestellt bekommen.

Eine Anekdote am Rande: Bei der Europäischen Bildungsministerkonferenz vor zwei Wochen wurde die österreichische Bundesbildungsministerin, Frau Schmied, auf diese

Zusammenarbeit aufmerksam und hat darum gebeten, dass wir auch Österreich die entsprechenden Kontakte für die Einführung eines solchen Verfahrens vermitteln, so wie wir es im Übrigen bereits letztes Jahr für das Land Rheinland-Pfalz getan haben.

Ein weiteres interessantes Beispiel wäre das der Mediotheken gewesen, was Kollege Palm eben schon zitiert hat. Wir wären in der Tat nicht in der Lage gewesen, dieses medienpädagogische Konzept ohne die Hilfe von Partnern in der Europäischen Union zu verwirklichen. Auch die Finanzierung wäre sehr teuer geworden, hätten wir nicht auf Mittel der Europäischen Union zurückgreifen können.

„Die politische Bildung soll in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gezielter gefördert werden“, das sagt die Wissenschaft. Nur, wer liefert uns das entsprechende Material? Wer liefert uns die hierfür

Ausführlicher Bericht – Plenarsitzung vom 26. Februar 2007 - 403 -

notwendigen Schulbücher in deutscher Sprache? Da sind wir fundamental auf die Zusammenarbeit mit deutschen Bundesländern angewiesen und insbesondere auch mit der Bundeszentrale für politische Bildung, die im Rahmen eines Zusammenarbeitsabkommens bereit war, uns ihr gesamtes Material zur Verfügung zu stellen, das wir regelmäßig mit unserem Fahrdienst in Bonn abholen und in unsere Mediotheken bringen.

Sie werden einsehen, dass gerade bei der Fremdsprachenförderung, beim Austausch von Schülern, bei Schülerpraktika, bei Lehrlingsaustauschmaßnahmen, bei Studentenaustauschen und der Umsetzung des Bologna-Prozesses Außenbeziehungen nicht nur mit unseren direkten Nachbarn, Regionen und Staaten notwendig sind, sondern auch darüber hinaus. Wir müssen die Schulleiterausbildung verbessern. Wir haben dafür keine Dozenten. Wo finden wir sie? Bei Partnerregionen, und dafür sind wir sehr dankbar, insbesondere im wissenschaftlichen Umfeld. Dasselbe gilt für wichtige Zusatzausbildungen im Bereich der Förderpädagogik, und sogar in einem ganz simplen Bereich, nämlich dem der Inspektoren. Wir verfügen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft über keine eigenen Fachinspektoren. Wenn wir sie nicht im Rahmen eines Zusammenarbeitsabkommens über die Französische Gemeinschaft bei uns einsetzen könnten, wäre eine Inspektion der Fachunterrichte bei uns nicht möglich.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist keine Insel und sie darf niemals eine sein. Wir brauchen eine offene Deutschsprachige Gemeinschaft. Die Bildungssysteme in der Europäischen Union sind höchst unterschiedlich. Aber gerade in dieser Vielfalt liegt unsere Chance, wenn wir in der Europäischen Union bereit sind, Außenbeziehungen zu pflegen und voneinander zu lernen. Wenn wir unser Bildungswesen für die Zukunft fit machen wollen, dann brauchen wir Partner in Belgien und in Europa. Wenn wir unmittelbare Nachbarn finden können, dann ist das gut und erstrebenswert. Aber manchmal befinden sich die wirklichen Experten und weltbesten Fachleute eben nicht unmittelbar in unserer Grenznähe. Diese Partner warten aber nicht den ganzen Tag darauf, mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft zusammenarbeiten zu können. Diese Kontakte müssen gezielt aufgebaut und gepflegt werden, und das können die Minister nicht alleine, denn dafür fehlt ihnen die Zeit. Die Deutschsprachige Gemeinschaft muss natürlich auch nicht überall präsent sein. Wir müssen bescheiden bleiben. Wir müssen unsere Außenbeziehungen mit Außenmaß pflegen. Wir müssen nirgendwo in der Welt DG-Botschaften errichten, aber es ist sinnvoll, zumindest den einen oder anderen Mitarbeiter dort zu beschäftigen, wo alle relevanten Entscheidungsträger regelmäßig zusammenkommen, und das ist in Brüssel und in Berlin der Fall. Das ist nicht übertrieben. Das ist sogar eine finanzielle Bereicherung – wie es eben bereits dargestellt wurde -, aber das ist nicht das Wesentliche daran. Diese Außenbeziehungen sind für uns vor allem eine inhaltliche Bereicherung und überlebensnotwendig.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der PJU/PDB, SP und PFF)

(...)

DER PRÄSIDENT.- Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister.- Herr Präsident! Ich persönlich empfinde es als eine wahre Frechheit, was verschiedene Mitglieder der Opposition jetzt veranstalten. Statt darüber zu diskutieren, was wir gesagt haben, statt darüber zu diskutieren, worüber wir im Rahmen unserer Zuständigkeiten berichtet haben, diskutiert die Opposition darüber, dass wir überhaupt etwas gesagt haben. Sie hat nichts anderes an Kritik zu formulieren, als uns im Parlament den Mund zu verbieten, und das werden wir als Mitglieder dieser Regierung nicht akzeptieren. ... (Unruhe im Saal) ... Sie, Kolleginnen und Kollegen, sollten vielmehr von Ihrer Seite aus konstruktiv auf das eingehen, was sachlich und sehr emotionslos hier gesagt wurde, statt Ihre Kritik darauf zu beschränken, den Ministern das Wort zu verbieten. (Zwischenrufe und Unruhe im Saal)